



# NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des  
Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz  
am Dienstag, 01.09.2020,  
in der Jugendstil-Festhalle Landau, Großer Saal

Beginn: 17:00

Ende: 18:56



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Paule Albrecht

Hermann Demmerle



Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

AfD

Hermann Eichhorn

Christian Gies

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Tobias Schreiner

Bastian Stock



Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Falk Pfersdorf (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Alexander Siegrist (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim)

Julius Zickler (Vorsitzender Jugendbeirat)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

CDU

Kerstin Bernzott-Uhl

Lena Dürphold

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

FWG

Rudi Klemm

Beigeordneter

Alexander Grassmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass mit Schreiben vom 1. September 2020 ein Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zur Baumschutzsatzung eingegangen sei. Da dieser in unmittelbarem Zusammenhang mit der Sitzungsvorlage stehe, schlage er vor, diesen Antrag als Unterpunkt zur Baumschutzsatzung mit zu beraten.

Weiter sei ebenfalls mit heutigem Datum ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von GRÜNE, CDU, SPD, FWG, Pfeffer und Salz, FDP und LINKE sowie des Ratsmitgliedes Katharina Kerbstat eingegangen. Dabei gehe es um eine Resolution bezüglich der Situation an unseren Schulen wegen des Einsatzes einer Förderkraft. Nach § 16 der Geschäftsordnung sei bei festgestellter Dringlichkeit eine Aufnahme auf die Tagesordnung möglich. Er schlage vor, so zu verfahren und den Antrag als neuen Tagesordnungspunkt 3 auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. Antrag der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD, FWG, Pfeffer und Salz, FDP, LINKE und des Ratsmitgliedes Katharina Kerbstat; Resolution gegen den Einsatz einer Lehrkraft mit rechtsradikaler Gesinnung an einer Landauer Schule  
Vorlage: 101/562/2020
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung der Stelle einer/eines Nachtkulturbeauftragten und Erstellung eines Nachtkulturkonzeptes  
Vorlage: 101/557/2020
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung neuer Flächen für Kleingärten  
Vorlage: 101/558/2020
6. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Beitritt zum ICAN-Städte-Appell  
Vorlage: 101/559/2020
7. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Birnbachrenaturierung  
Vorlage: 101/560/2020
8. Aufhebung der Geschäftsordnung des Beteiligungsrats und Beschluss der Neufassung der Leitlinie für Bürgerbeteiligung der Stadt Landau  
Vorlage: 090/003/2020
9. Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 100/320/2020



10. Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben als Fundbehörde zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR  
Vorlage: 320/018/2020
11. Baumschutzsatzung für die Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 350/168/2020
- 11.1. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag zur Baumschutzsatzung  
Vorlage: 101/561/2020
12. Übertragung der Mittel im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2020  
Vorlage: 400/166/2020
13. Umbau des Bewegungsbades und Erneuerung der Technischen Anlagen in der Paul-Moor-Schule  
Vorlage: 400/167/2020
14. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Haushaltsjahr 2020  
Vorlage: 400/168/2020
15. Neues Stadtquartier Südwest, Einrichtung eines begleitenden Beirats zur Quartiersentwicklung  
Vorlage: 610/625/2020
16. Ehemaliger Rangierbahnhof Landau in der Pfalz (Bebauungsplan D 7a); Verzicht auf Erstzugriffsrecht und Freigabe für eine private Grundstücksentwicklung  
Vorlage: 610/626/2020
17. Errichtung einer Mobilfunkanlage auf dem Dach des bestehenden Betriebsgebäudes auf dem Grundstück Fl. Nr. 1169/20 im Gewerbepark „Am Messegelände“  
Vorlage: 630/406/2020
18. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zum Ausbau der Eutzinger Straße und Schlachthofstraße  
Vorlage: 660/235/2020
19. Bereitstellung von Zusatzbussen im Schülerverkehr  
Vorlage: 660/239/2020
20. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Jahresabschluss 2019  
Vorlage: 810/048/2020
21. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2019  
Vorlage: 810/049/2020
22. Bildung Geschäftsbereiche im EWL-Vorstand  
Vorlage: 860/485/2020



23. Änderung der Straßenreinigungssatzung  
Vorlage: 300/020/2020
24. Anpassung der Straßenreinigungsgebührensatzung  
Vorlage: 860/488/2020
25. Beschluss Jahresabschluss EWL 2019 und Entlastung Vorstand  
Vorlage: 860/496/2020
26. Vereinbarung über Kanalanschlussbeiträge für städtische Grundstücke  
zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und  
Wirtschaftsbetrieb Landau A.ö.R.  
Vorlage: 860/497/2020
27. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragte, ob auch in diesem Jahr am 3. Oktober ein Pflanztag geplant sei.

Der Vorsitzende antwortete, dass es im Rahmen der Corona-Regeln wieder eine ähnliche Aktion geben werde.

Ein weiterer Einwohner bat um Auskunft, warum beim neuen Baugebiet in Wollmesheim jetzt anstatt Satteldächer Flachdächer vorgeschrieben seien. Dies führe zu höheren Kosten und einer erhöhten Undichtigkeit ohne einen ökologischen Vorteil.

Der Vorsitzende erwiderte, dass dieses Thema in den Ortsbeiräten diskutiert worden sei. Die ökologischen Vorteile einer Dachbegrünung seien erläutert worden. Den Gesamtkomplex werde man aber in den Workshops mit den Ortsbeiräten erörtern.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Hermann Eichhorn über seine Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Eichhorn ist für Herrn Haas in den Stadtrat nachgerückt, da dieser seinen Wohnsitz verlegt habe.

Der Vorsitzende verpflichtete Herrn Eichhorn gemäß § 30 der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD, FWG, Pfeffer und Salz, FDP, LINKE und des Ratsmitgliedes Katharina Kerbstat; Resolution gegen den Einsatz einer Lehrkraft mit rechtsradikaler Gesinnung an einer Landauer Schule**

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von GRÜNE, CDU, SPD, FWG, Pfeffer und Salz, FDP und LINKE sowie des Ratsmitgliedes Kerbstat vom 1. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Nach der gestrigen Mitteilung der ADD hätte man darüber nachdenken können, ob denn diese Resolution noch nötig sei. Allerdings wäre es nicht gut gewesen, wenn der Stadtrat nach den Ereignissen der letzten Wochen heute hierzu kein Wort verloren hätte. Er bedanke sich ausdrücklich bei den anderen Fraktionen, dass man dies gemeinsam hinbekommen habe. Natürlich seien die juristischen Hürden hoch, um Beamte aus dem Dienst zu entfernen. Rechtsradikale Lehrer aber sollten in Bildungseinrichtungen unserer Stadt keinen Platz haben.

Der Vorsitzende verlas zunächst den von den Fraktionen eingereichten Resolutionstext. Ihn habe unmittelbar vor der Sitzung ein Schreiben der Bildungsministerin erreicht, dass die ADD die außerschulischen Tätigkeiten von Frau Kern überprüfe und ihr bis auf weiteres die Erteilung von Unterricht untersagt worden sei. Vor diesem Hintergrund schlage er vor, dass man im Resolutionstext formuliere, dass man eine dauerhafte Korrektur erwarte.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass Frau Kern nicht versetzt sei, sondern lediglich nicht im Unterricht eingesetzt. Das rechtsradikale Treiben sei bekannt gewesen, dies habe auch die Ministerin eingeräumt. Es bedürfe schon einer Erklärung, warum dann pro aktiv eine Versetzung nach Landau erfolgt sei. Dies sei nur schwer nachvollziehbar.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass diese Resolution auch eine Wertschätzung der Eltern und aller anderen sei, die sich gegen den Einsatz dieser Lehrerin zur Wehr gesetzt hätten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 1 Nein-Stimme:

#### **nachfolgende Resolution:**

**Landau ist eine bunte und weltoffene Stadt. Hier leben Menschen verschiedenster Nationen friedlich und respektvoll zusammen.**

**Viele wirken tagtäglich daran mit, dass das gelingt. Unsere Schulen haben dabei eine herausragende Bedeutung. Sie bilden die Vielfältigkeit unserer Stadt ab und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein demokratisches Miteinander. Die Vorbildfunktion der Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich ihrer Wertvorstellungen kann dabei nicht hoch genug eingeschätzt werden.**

**Ein Großteil unserer Landauer Schulen sind Bündnispartner von „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Eine Lehrkraft mit rechtsradikaler Gesinnung stößt hier zu Recht auf Unverständnis und Ablehnung.**



Wir unterstützen die Eltern und die Lehrerschaft bei ihrem Protest gegen diese Personalie. Die ADD muss umgehend eine Prüfung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen vornehmen.

Wir bezweifeln, dass eine Lehrkraft, die ihre rechtsradikale Einstellung populistisch in der Öffentlichkeit vertritt gleichzeitig den demokratischen Erwartungen der Gesellschaft an unseren Bildungseinrichtungen gerecht werden kann und an einer Schule als Pädagogin eingesetzt werden sollte.

Um den Schulfrieden wiederherzustellen, appellieren wir im Interesse unserer Schulgemeinschaften und unserer Familien in Landau an das rheinland-pfälzische Bildungsministerium, Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig und an die ADD, die Versetzung der fraglichen Lehrkraft an Landauer Schulen dauerhaft zu korrigieren.



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

#### **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung der Stelle einer/eines Nachtkulturbeauftragten und Erstellung eines Nachtkulturkonzeptes**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Nachtkultur und Nachtleben gehöre zu einer Stadt, brauche aber eine legale Kontrolle. Deshalb sei es sinnvoll, ein Konzept zu erarbeiten, wie Nachtleben in Landau stattfinden könne.

Der Vorsitzende betonte, dass das Thema Nachtkultur allen wichtig sei. Wie sich dies mit dem Bedürfnis nach nächtlicher Ruhe der Anwohner vereinbaren lasse, sei bereits Thema eines Berufsgruppengesprächs mit den Gastronomen gewesen. Die Gastronomen hätten betont, dass die Wege zu Verantwortlichen in Landau kurz seien und daher kein Bedarf für eine weitere Vermittlerperson gesehen werde. Er schlage vor, diesen Antrag und die damit einhergehende grundsätzliche Frage in den Haushaltsberatungen 2021 zu beraten.

Ratsmitglied Kolain fand den Antrag der SPD gut. Durch die Schließung der Clubs befinde sich das Nachtleben in einer schwierigen Lage. Er würde es begrüßen, wenn man im zu gründenden Kulturbeirat über die Handlungsfelder spreche, in denen es Bedarf gebe. Dann könne man auch sehen, wo man dies evtl. ansiedle.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion Probleme mit einer eigenen Stelle eines Nachtkulturbeauftragten habe. Man sollte dieses Thema sicherlich aufgreifen, aber die Erfahrungen abwarten, die man in Mannheim mache.

Ratsmitglied Burgdörfer schloss sich den bisherigen Äußerungen an. Grundsätzlich finde man die Idee gut. Man sei allerdings mit dem Kulturbeirat auf einem guten Weg, den man weitergehen sollte. Sie würde es kritisch sehen, für einen Nachtkulturbeauftragten Gelder zu binden.

Ratsmitglied Kleemann war der Meinung, dass in einer Stadt mit 50.000 Einwohnern nicht um 22.00 Uhr Schluss sein könne. Sie habe wenig Verständnis für Klagen wegen Ruhestörung. Man könne nicht wegen der Infrastruktur in der Innenstadt wohnen wollen und zugleich absolute Ruhe erwarten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Stelle einer/eines Nachtkulturbeauftragten einzurichten und ein Nachtkulturkonzept zu erstellen, wird in die Haushaltsberatungen 2021 verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung neuer Flächen für Kleingärten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. August 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Albrecht begründete den Antrag. In Landau sei die Warteliste für einen eigenen Schreber- bzw. Kleingarten sehr lang. Man müsse teilweise mehrere Jahre warten, bis man zum Zug komme. Dies sei schade, denn Kleingärten würden auch das soziale Miteinander fördern. In Kleingärten entstünde ein Paradies für Mensch und Tierwelt, Gärten würden sehr viel Lebensqualität schaffen. Daher bitte man um Prüfung, ob es in Landau weitere Flächen gebe, die zu Kleingärten umgewandelt werden könnten. Dabei sei es wichtig, für diese Prüfung die städtischen Kleingartenvereine einzubinden.

Der Vorsitzende betonte, dass Landau zu den Städten in Rheinland-Pfalz zähle, die in den letzten Jahren überhaupt noch Kleingärten ausgewiesen hätten. Insofern laufe die SPD-Stadtratsfraktion mit diesem Prüfantrag offene Türen ein.

Ratsmitglied Neumann stimmte für die GRÜNE-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Sie bitte darum mit zu prüfen, ob auch öffentliche Plätze im Sinne von Gemeinschaftsgärten ausgewiesen werden könnten.

Ratsmitglied Herrmann wollte wissen, ob es schon Vorstellungen gebe, wo Kleingärten entstehen könnten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es Überlegungen in der Verwaltung gebe, die aber noch diskutiert werden müssten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob es städtische Flächen gibt, die das Potential bieten als Kleingartenanlage ausgewiesen bzw. für diesen Zweck nutzbar gemacht zu werden. In diese Überlegungen sollen vor allem auch die verschiedenen bereits bestehenden Klein-/Schrebergartenvereine einbezogen werden. Das Ergebnis der Prüfung wird im Umweltausschuss vorgestellt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Beitritt zum ICAN-Städte-Appell

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 24. August 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Trotz nuklearer Abrüstung bestehe weiterhin eine Gefahr für die Menschen. Es müsse von unten, aus den Städten heraus, Druck gemacht werden. Daher sei es wichtig, dass man dem ICAN-Städteappell beitrete und versuche, durch diesen Appell etwas in Gang zu bringen. Jede Stadt sei bei einem Atombombenabwurf direkt betroffen. Mit dem Beitritt zu diesem Städteappell könne man etwas für die Sicherheit der Menschen in Landau tun.

Der Vorsitzende erklärte, dass der 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima ein guter Anlass für den Beitritt zum Städteappell sei. Man sei dabei in allerbesten Gesellschaft.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Stadt Landau schließt sich dem ICAN-Städte-Appell an.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Birnbachrenaturierung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 25. August 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Follmann begründete den Antrag. Alle Gewässer in Landau seien in keinem gutem Zustand. Um Hochwasserschäden für Menschen und Tiere zu vermeiden, sei eine Renaturierung notwendig. Ein besonders dringender Handlungsbedarf bestehe beim Birnbach. Hierfür könne man das erneut aufgelegte Landesförderprogramm nutzen. In diesem Zusammenhang könne das Problem des Radwegs mit erledigt und die Biodiversität verbessert werden.

Der Vorsitzende betonte, dass der Antrag hervorragend in unsere Bemühungen der Klimaanpassung und Starkregenvorsorge passe.

Ratsmitglied Burgdörfer stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Es sei dies ein guter Beitrag zum Klimaschutz und habe durch das Förderprogramm des Landes auch noch Charme.

Ratsmitglied Schowalter war der Meinung, dass der Birnbach ein großes Potential habe. Man hoffe, dass es gelingt. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte den Antrag, der durchaus Sinn mache. Vor allem im Zusammenhang mit dem Radweg, der auf diesem Wege ebenfalls saniert werden könne.

Ratsmitglied Kleemann teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag ebenfalls zustimme.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion es ebenfalls positiv sehe, dass man sich dem Birnbach widme.

Ratsmitglied Herrmann hielt Renaturierungen für sehr wichtig, daher werde die AfD-Stadtratsfraktion dem Antrag natürlich ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Kerbstat hielt es für wichtig, bei den Planungen der Renaturierungen auch die Winzer zu beteiligen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Verwaltung möge prüfen, ob sich eine Renaturierung des Birnbachs ab Gemarkungsgrenze bei Wollmesheim bis zum bereits renaturierten Bereich im Südpark ermöglichen und finanzieren lässt.**

**In diesem Zuge soll die nötige Sanierung des Radwegs entlang des Baches und eine Kapazitätsüberprüfung der Oberflächenwässer und Straßenentwässerung aus Ilbesheim und Wollmesheim angegangen werden.**

**Wenn möglich sollen Gewässerrandstreifen für einen flachen Zugang zum Bach auf der Höhe der Grundschule Süd oder dem Landschaftsweiher sowie eine breite Ausbringung von Blühpflanzen realisiert werden.**



**Mit dem Bau- und Förderprogramm ist eine umfassende Finanzierung wahrscheinlich. Die genauen Kosten, der Ablauf und die Finanzierungsmöglichkeiten sollen von der Verwaltung evaluiert werden.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### **Aufhebung der Geschäftsordnung des Beteiligungsrats und Beschluss der Neufassung der Leitlinie für Bürgerbeteiligung der Stadt Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung vom 6. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man werde die Leitlinie weiterbearbeiten, vor allem strebe man den Ausbau der Online-Beteiligung an.

Ratsmitglied Freiermuth würde es begrüßen, wenn alle Fraktionen im Beteiligungsrat vertreten wären.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es hier keine materielle Änderung gebe. Es sei damals Konsens im Stadtrat gewesen, bewusst die Bürger in diesem Beteiligungsrat zu Wort kommen zu lassen.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte die Neufassung. Allerdings fände sie es gut, wenn bei der Besetzung des Beteiligungsrates aus den Reihen des Stadtrates je ein Vertreter der „Regierung“ und der „Opposition“ berücksichtigt würde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja,- 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

**die Neufassung der Leitlinie für Bürgerbeteiligung in Landau in der Pfalz, die von der Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung um die Punkte der Geschäftsordnung des Beteiligungsrats ergänzt wurde.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

### **Neubesetzung von Ausschüssen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 13. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt:**

- 1. Herrn Hermann Eichhorn, 76829 Landau in der Pfalz**

**als Mitglied**

- in den Kulturausschuss
- in den Umweltausschuss
- in den Sozialausschuss
- in den Kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

- 2. Herrn Helmut Leim, 76829 Landau in der Pfalz**

**als Mitglied in den Verwaltungsrat EWL.**

- 3. Herrn Norbert Herrmann, 76829 Landau in der Pfalz**

**als stellvertretendes Mitglied in den Umweltausschuss und den Sozialausschuss.**

- 4. Frau Ulrike Aulbur, 76829 Landau in der Pfalz**

**als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat EWL.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben als Fundbehörde zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AÖR**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 12. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Zustimmung zum Abschluss der beigefügten Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben als Fundbehörde zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AÖR zu erteilen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

### Baumschutzsatzung für die Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 16. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Zu der Vorlage sei ein Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion eingegangen, den man unter diesem Punkt mitberaten werde.

Beigeordneter Hartmann erläuterte die Sitzungsvorlage. Mit dieser Satzung gehe man weiter als jemals zuvor. Alle Bäume ab einer gewissen Größe werde man unter Schutz stellen, auch die auf Privatgelände. Das einzige was nicht geschützt sei, seien alleinstehende Bäume unter 90 cm Stammumfang. Die Einhaltung dieser weitgehenden Satzung werde das Umweltamt fordern.

Ratsmitglied Dr. Migl zog zunächst den Antrag ihrer Fraktion vom Juni auf Erlass einer Baumschutzsatzung zurück. Dies habe sich mit der heutigen Vorlage erledigt. Es sei generell die Frage, wie viele Bäume geschützt werden sollen. Ihr Änderungsantrag gehe dahin, dass Bäume bereits ab einem Stammumfang von 60 cm geschützt werden sollten. Gespräche mit Baumschützern hätten ihr bestätigt, dass dies Sinn mache.

Ratsmitglied Follmann hatte Verständnis dafür, dass man jeden Baum schützen wolle. Natürlich brauche man jeden Baum. Das Umweltamt habe plausibel darauf hingewiesen, dass es bei Unterschutzstellen von Bäumen unter 90 cm vermehrt zu illegalen Fällungen komme. Zudem habe man auch nicht das Personal, um dies alles zu überwachen. Wichtig sei, dass das Umweltamt ein waches Auge habe.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte die Baumschutzsatzung in ihrer vorliegenden Form. Man wolle an den 90 cm festhalten, da er der Meinung sei, dass bei 60 cm die Akzeptanz schwinden würde.

Ratsmitglied Dr. Sögding war der Meinung, dass die 90 cm ein guter Startpunkt für diese Baumschutzsatzung seien. Die Bäume würden sehr viel mehr geschützt als dies jemals zuvor in Landau der Fall gewesen sei. Man sei generell schon sehr weit gegangen. Eine weitere Verschärfung halte man nicht für notwendig. Die CDU-Stadtratsfraktion werde daher den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ablehnen und der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Schowalter erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion eine gewisse Sympathie für den ergänzenden Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Baumschutzsatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11.1. (öffentlich)**

**Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag zur  
Baumschutzsatzung**

Der Vorsitzende verwies auf den Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 1. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 11 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mit 13 Ja- und 27 Nein-Stimmen

**den Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ab.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### Übertragung der Mittel im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 20. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Um den Schulen die Möglichkeit zu geben, bis zum Jahresende 2020 ihr Schulbudget voll auszuschöpfen, sollen die im Jahr 2019 nicht verausgabten Mittel vor der Genehmigung des Nachtragshaushalts 2020 freigegeben werden. Dazu beschließt der Stadtrat folgende überplanmäßige Mittel:

1. Grundschule Arzheim

Das PK 2110.5245 ist um 2.303,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

Das PK 2110.5238 ist um 10.000,00 € zu erhöhen. Im HHJ 2018 wurden der GS Arzheim 10.000,00 € zur Anschaffung von neuen Möbeln bereitgestellt. Die Beschaffung wurde auf Wunsch der Schulleitung 2018 nicht durchgeführt und zurückgestellt. Somit wurden die Mittel 2019 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Möbel sollen nunmehr beschafft werden.

2. Grundschule Dammheim

Das PK 2111.5245 ist um 6.502,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

3. Grundschule Godramstein

Das PK 2112.5245 ist um 412,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

4. Grundschule Horstring

a. Das PK 2113.5245 ist um 11.174,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

b. Das PK 2113.528 ist um 1.500,00 € zu erhöhen. Die Schule hat einen Konrektor zugewiesen bekommen, so dass ein Büro auszustatten ist.

5. Grundschule Nußdorf

Das PK 2114.5245 ist um 11.376,00 € und das PK 2114.0822 ist um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen des Schulbudgets des Haushaltes 2019. Die Schule möchte über den DigitalPakt hinaus einen zusätzlichen Tabletkoffer beschaffen.

6. Grundschule Pestalozzi



Das PK 2115.5245 ist um 4.039,00 € und das PK 2115.0822 ist um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen des Schulbudgets des Haushaltes 2019. Die Schule möchte über den DigitalPakt hinaus einen zusätzlichen Tabletkoffer beschaffen.

7. Grundschule Thomas-Nast

Das PK 2116.5245 ist um 44.172,00 € und das PK 2116.0822 um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019. Die Schule möchte über den DigitalPakt hinaus einen zusätzlichen Tabletkoffer beschaffen.

8. Michael-Ende-Grundschule Queichheim

Das PK 2117.5245 ist um 1.869,00 € und das PK 2117.0822 um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen des Schulbudgets des Haushaltes 2019. Die Schule möchte über den DigitalPakt hinaus einen zusätzlichen Tabletkoffer beschaffen.

9. Grundschule Süd

- a. Das PK 2118.5245 ist um 6.262,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.
- b. Es sind Mittel in Höhe von 2.500,00 € auf dem PK 2118.0829 zu veranschlagen, im Gegenzug ist dieser Betrag vom Ansatz des PK 2118.5238 zu reduzieren.

10. Grundschule Wollmesheimer Höhe

Das PK 2119.5245 ist um 1.136,00 € und das PK 2119.0822 um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019. Die Schule möchte über den DigitalPakt hinaus einen zusätzlichen Tabletkoffer beschaffen.

11. Konrad-Adenauer-Realschule plus

Das PK 2150.5245 ist um 22.109,00 € und das PK 2150.0822 um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

12. Integrierte Gesamtschule

Das PK 2180.5245 ist um 5.710,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen und investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

13. Eduard-Spranger-Gymnasium

Das PK 2170.5245 ist um 27.925,00 € und das PK 2170.0822 um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.



**14. Max-Slevogt-Gymnasium**

Das PK 2171.5245 ist um 26.113,00 € und das PK 2171.0829 ist um 12.900,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019

**15. Otto-Hahn-Gymnasium**

Das PK 2172.5245 ist um 18.252,00 € und das PK 2172.0822 um 10.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um nicht verausgabte Aufwendungen und investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.

**16. Nordringschule**

Das PK 2210.5245 ist um 283,00 € und das PK 2210.0822 um 5.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich zum einen um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019. Die Schule möchte über den DigitalPakt hinaus einen zusätzlichen Tablet-Koffer beschaffen.

**17. Berufsbildende Schule**

Das PK 23101.5245 ist um 37.919,00 € und das PK 23101.0822 um 20.000,00 € zu erhöhen. Hierbei handelt es sich zum einen um eingesparte Aufwendungen sowie nicht verausgabte investive Mittel des Schulbudgets des Haushaltes 2019.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

### **Umbau des Bewegungsbades und Erneuerung der Technischen Anlagen in der Paul-Moor-Schule**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 19. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte die Vorlage. Der Umbau und die Sanierung des Bewegungsbades sei für die beteiligten Gebietskörperschaften ein hoher finanzieller Kraftakt. Man müsse auch das Bad im Caritas-Förderzentrum mit in die Betrachtung ziehen und habe sich bewusst gegen den Verzicht auf ein Bad entschieden. Beide Bäder hätten ihre Daseinsberechtigung. Die ausgewählte Variante sei vernünftig, nachhaltig und auf der Höhe der Zeit. Sie werde für lange Zeit Bestand haben.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion grundsätzlich dieser Baumaßnahme zu. Ein Problem habe man mit der gewählten Variante 3, die mehr als doppelt so teuer als die Pelletheizung unter Variante 5 sei. Auch die Unterhaltskosten seien teurer und Pellet sei klimaneutral. Daher die Frage, warum man sich gegen die Pelletheizung entschieden habe.

Ratsmitglied Löffel stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zu. Man halte auch die gewählte Variante 3 im Hinblick auf geringere Folgekosten für die bessere.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

**dass sich die Stadt Landau an den Kosten für den Umbau des Bewegungsbades der Paul-Moor-Schule sowie der Erneuerung der Technischen Anlagen in Höhe von ca. 2,7 Mio. € zuzüglich der Kosten für die Wärmeversorgung des Gebäudes in Höhe von ca. 419.000,00 € gemäß ihres Anteils in Höhe der Schülerzahlen beteiligt. Mit diesem Beschluss wird den städtischen Mitgliedern der Verbandsversammlung der Auftrag erteilt, in der Verbandsversammlung dieser Beschlusslage zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Haushaltsjahr 2020**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 20. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**überplanmäßige Mittel in Höhe von 15.000,00 € im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2020 bei folgendem Deckungsring zur Verfügung zu stellen: Aufwendungen Grünpflege an Schulen DR 1401, PK 5321 bei diversen Schulen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### Neues Stadtquartier Südwest, Einrichtung eines begleitenden Beirats zur Quartiersentwicklung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 3. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Heidbreder war der Meinung, dass es dieses Gebiet wert sei einen Fachbeirat zu bekommen. Es sei gut, bei der Entwicklung des Gebietes Experten zu hören. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Löffel stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Es gebe bei der Entwicklung des Gebietes neue Felder, die auch für Landau neu seien. Man sei hier darauf angewiesen, konsensfähige Leitlinien zu schaffen. Es sei eine hohe Akzeptanz für dieses Gebiet notwendig.

Ratsmitglied Rocker begrüßte es, dass man die Quartiersentwicklung durch ein beratendes Gremium begleiten lasse. Dieser Beirat sei eine wichtige Schnittstelle, die Transparenz und Akzeptanz schaffe. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass es hier um die Entwicklung eines neuen Stadtquartiers gehe. Er begrüße es ausdrücklich, dass hier alle Fraktionen eingebunden seien. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Kleemann war der Meinung, dass dieser Beirat die Möglichkeit biete, Probleme schon vorab zu erkennen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Verwaltung wird beauftragt einen Beirat zur Quartiersentwicklung einzurichten. Der Beirat übernimmt die Aufgabe, zukunftsweisende Leitlinien in den Bereichen Mobilität, Städtebau und Freiraum quartiersgerecht zu entwickeln und den politischen Gremien Empfehlungen für ein nachhaltiges und qualitätsvolles Stadtquartier zu geben.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

### **Ehemaliger Rangierbahnhof Landau in der Pfalz (Bebauungsplan D 7a); Verzicht auf Erstzugriffsrecht und Freigabe für eine private Grundstücksentwicklung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Preisvorstellungen der Stadt und des Bundeseisenbahnvermögens sei millionenweit auseinander. Daher mache es keinen Sinn, auf dieser Basis weiter zu verhandeln. Daher empfehle man, das Erstzugriffsrecht jetzt nicht auszuüben. Man habe auf jeden Fall die Planungshoheit was auf diesem Grundstück passiere.

Ratsmitglied Löffel betonte ebenfalls, dass die Planungshoheit bei der Stadt liege. Man gehe als Stadt von einer vergleichsweise geringen Verdichtung aus. Auch die Erschließung sei nicht ganz einfach. Es sei daher durchaus vorstellbar, dass der Ball wieder zur Stadt zurückkomme. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte grundsätzlich die vom Oberbürgermeister vorgetragene Argumentation, Wenn es zu teuer sei, mache es für die Stadt keinen Sinn. Dieser Bereich des Bahnhofs habe einen wesentlichen Anteil an der Abkühlung der Innenstadt. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Kleemann stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Man halte die Frischluftschneise an dieser Stelle für wichtig.

Ratsmitglied Herrmann erklärte, dass auch die AfD-Stadtratsfraktion zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Stadt Landau in der Pfalz sieht aufgrund der Kaufpreisvorstellungen von einem Ankauf der Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens (ehemaliger Rangierbahnhof, Anlage) ab und erklärt als Erstzugriffsberechtigte i. S. d. HAVerbR-BEV gegenüber dem Bundeseisenbahnvermögen, Dienststelle Südwest, dass sie von ihrem Erstzugriffsrecht im Haushaltsjahr 2020 keinen Gebrauch macht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Errichtung einer Mobilfunkanlage auf dem Dach des bestehenden Betriebsgebäudes auf dem Grundstück Fl. Nr. 1169/20 im Gewerbepark "Am Messegelände"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Bauvorhaben einschließlich der Abweichung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes D 9 hinsichtlich des Dachaufbaus, der nicht der Nutzung solarer Energien dient, zuzustimmen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zum Ausbau der Eutzinger Straße und Schlachthofstraße**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Jahr 2020 zum Ausbau der Eutzinger Straße im PK 5410 096356 in Höhe von 600.000 € wird zugestimmt. Im Nachtragshaushalt erfolgt ein Mittelausgleich für das Jahr 2020. Im Haushaltsjahr 2021 reduziert sich der Ansatz um den gleichen Betrag.
2. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Jahr 2020 zum Ausbau der Schlachthofstraße im PK 5410 096355 in Höhe von 235.000 € wird zugestimmt. Im Nachtragshaushalt erfolgt ein Mittelausgleich für das Jahr 2020. Im Haushaltsjahr 2021 reduziert sich der Ansatz um den gleichen Betrag.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

### Bereitstellung von Zusatzbussen im Schülerverkehr

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 31. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei dies eine landesweite Diskussion, die sehr heiß geführt werde. Er nehme für die Stadt Landau in Anspruch, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Man habe effektiv durch das Land auch keine 90 %-Förderung, sondern maximal 50 %. Es gebe Schwierigkeiten, dauerhaft zusätzliche Busse zu bekommen. Man brauche Lösungen, die über die aktuelle Corona-Pandemie hinausgingen.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass man neben den bereits angekündigten 5 Bussen, 10 weitere bereitstellen könne. Ein Problem sei, dass oft auch ortsunkundige Fahrer eingesetzt würden. Dies werde hier nochmals verstärkt der Fall sein. Man versuche Busse mit einer gewissen Qualität einzusetzen, wobei es bei Schulbussen eher B-Qualität sei. Die jetzt eingesetzten weiteren 10 Busse würden eher in die Richtung Qualität C gehen. Trotz dieser zusätzlichen 15 Busse werde man keine Situation herstellen, die aus Infektionsgründen optimal sei. Klar sei, dass das allerwichtigste die Präsenzzeit in der Schule sei. Dies wolle man sicherstellen. Daher gehe es darum in diesem Zusammenhang vielleicht mehrere Probleme gleichzeitig anzugehen. Daher der Vorschlag, die Schulanfangszeiten zu entzerren.

Ratsmitglied Heidbreder betonte, dass es absurd sei, dass in den Schulbussen alle dicht stehen würden, während in den Schulen auf Abstand geachtet werde. Man habe ein Problem mit den Schulbussen, dass sich durch Corona noch verstärkt habe. Klar sei, dass man eine gemeinsame Lösung mit den Schulen finden müsse. Eine Veränderung bei den Schulanfangszeiten sei natürlich mit einem erhöhten Aufwand verbunden, da Stundenpläne geändert werden müssten. So ungünstig der Zeitpunkt auch sei, so stoße es doch eine grundsätzliche Debatte an. Eine Lösung würde die Bussituation am Morgen entzerren. Mit Sicherheit gehe dies nicht von heute auf morgen. Grundsätzlich aber stimme die GRÜNE-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass Corona neue Herausforderungen stelle. Die Stadt warte aber nicht, sondern handle. Die Zusage des Landes, 250 Busse zur Verfügung zu stellen und mit 90 % zu finanzieren, sei hinsichtlich der Finanzierung eine Luftnummer des Landes. Es sei dies eine halbe Million Euro, die man aus städtischen Mitteln finanzieren müsse. Trotzdem sei es für die Eltern wichtig, dass etwas passiere. Im Zuge dieser Herausforderungen halte man es für richtig und wichtig, generell auch andere Lösungen zu prüfen. Veränderte Schulanfangszeiten seien ein großes Thema, aber Überlegungen gemeinsam mit den Verantwortlichen halte man für sinnvoll. Man sehe zu dieser Vorlage aber keine Alternative. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass man über Schulanfangszeiten durchaus diskutieren sollte. Nun müsse man schauen, wer im Stadtvorstand seine Hausaufgaben nicht gemacht habe. Die Stadt hätte schon vor den Ferien wissen müssen, dass das Land einen Regelbetrieb plane. Natürlich werde die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen, der Zeitpunkt der Diskussion über Schulanfangszeiten sei aber komplett daneben.



Der Vorsitzende entgegnete, dass die Vorgaben zur Schülerbeförderung vom Land kämen. Auch bei der Landesregierung habe sich niemand Gedanken gemacht, ob es ausreiche, wenn die Kinder genauso transportiert werden wie bisher.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu. Das Problem müsse gelöst werden, allerdings sehe man unterschiedliche Schulanfangszeiten kritisch. Es sei schwierig dies umzustellen. Man müsse hier auch die Familienleben berücksichtigen, die in der Regel auch getaktet seien.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass man die Ferien hätte besser nutzen können, um zu einer Lösung zu kommen. Die jetzt vorgeschlagene schnelle Lösung brauche man. Einer Entzerrung der Schulanfangszeiten sei man von Seiten der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion durchaus aufgeschlossen. Dies könnte möglicherweise eine Lösung sein. Die vom Land zugesicherte Mitfinanzierung von 250 Bussen sei in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass man in der derzeitigen Situation schnell reagieren müsse. Was geänderte Schulanfangszeiten betreffe, müsse man lösungsorientierte Beratungen durchführen. Schuldige zu suchen bringe uns hier nicht weiter. Bis Ende des Jahres sollte man dies in Gesprächen in trockene Tücher bringen.

Ratsmitglied Follmann freute sich, dass es wohl eine breite Zustimmung zu der Vorlage gebe. Ohne den Einsatz des Mobilitätsdezernenten wäre aber wahrscheinlich gar nichts passiert. Es genüge eben nicht, wenn der Schuldezernent nur Brotdosen verteile. Man müsse sich auch um die wichtigen Dinge kümmern.

Ratsmitglied Dürphold war der Meinung, dass auch der Kreis gefragt werde, da viele Schulbusse aus dem Kreisgebiet kämen. Bei der Diskussion über Schulanfangszeiten rede man über Dinge, die eigentlich die Eltern entscheiden müssten. Vielleicht wäre hier eine Elternbefragung hilfreich.

Beigeordneter Hartmann unterstrich, dass es hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Problemlösungen gehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der kurzfristigen Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von bis zu 210.000 € beim Produktkonto 5470.5292 für den Einsatz von bis zu fünf Bussen zur Verstärkung des Schulverkehrs bis zu den Weihnachtsferien wird zugestimmt.
2. Darüber hinaus wird der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von bis zu 290.000 € beim Produktkonto 5470.5292 für den Einsatz von bis zu zehn weiteren Bussen zur Verstärkung des Schulverkehrs im Bedarfsfall bis zu den Weihnachtsferien zugestimmt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Jahresabschluss 2019**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 8. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das Finanzpolster der Stadtholding belaufe sich auf über 3 Millionen Euro. Es sei gelungen, die Holding schuldenfrei zu machen. Als Geschäftsführer müsse er aber auch darauf hinweisen, dass man im Jahr 2020 vor großen Herausforderungen stehe. Die Freibadsaison sei Corona-bedingt schwierig gewesen, im LaOla werde man morgen wieder die Wasserwelt öffnen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen,**

- 1.) den Jahresabschluss 2019 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von 22.818.725,34 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 172.495,35 EUR festzustellen.
- 2.) den Jahresüberschuss in Höhe von 172.495,35 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)**

**Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2019**

*Oberbürgermeister Hirsch, Beigeordneter Hartmann, Beigeordneter Grassmann sowie die Ratsmitglieder Jenni Follmann, Lea Heidbreder, Jürgen Doll, Susanne Höhlinger, Peter Lerch, Bernd Löffel, Ralf Eggers, Dr. Hans-Jürgen Blinn, Prof. Dr. Hannes Kopf, Hans Peter Thiel, Christian Gies, Jochen Silbernagel und Bastian Stock waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 8. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen, den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Bildung Geschäftsbereiche im EWL-Vorstand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 5. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der nachfolgenden Bildung von Geschäftsbereichen für den Vorstand beim Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AÖR (EWL) wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)**

**Änderung der Straßenreinigungssatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 6. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)“.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

### **Anpassung der Straßenreinigungsgebührensatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 6. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)“ des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)**

**Beschluss Jahresabschluss EWL 2019 und Entlastung Vorstand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 11. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau wird der geprüfte Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2019 wie folgt festgestellt: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 94.471.495,12 € und den Jahresgewinn mit 1.006.025,72 €, der sich ausfolgenden Einzelergebnissen der Betriebszweige zusammensetzt:

Abwasserbeseitigung mit	773.193,31 €
Abfallentsorgung mit	188.181,64 €
Bauhof mit	129.396,70 €
Straßenreinigung mit	-100.648,53 €
Service	15.902,60 €

- b) die Behandlung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Service wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Bauhof wird wie folgt verwendet:

- Ausgleich des Verlustvortragskontos in Höhe von 12.343,76 €
- der Restbetrag in Höhe von 117.052,94 € wird der allgemeinen Rücklage zugewiesen.

Der Jahresverlust des Betriebszweiges Straßenreinigung wird mit der allgemeinen ausschüttungsfähigen Rücklage verrechnet.

- c) zukünftig zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit die jährliche Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 1,6% als nicht ausschüttungsfähigen Anteil der Rücklage zuzuführen und zusammen mit der in der Vergangenheit erwirtschafteten Verzinsung separat auszuweisen.
- d) gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des gesamten Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2019.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)**

**Vereinbarung über Kanalanschlussbeiträge für städtische Grundstücke zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau A.ö.R.**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 20. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der beigefügten Vereinbarung über die Abwicklung von Kanalanschlussbeiträgen für städtische Grundstücke zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau A.ö.R. zuzustimmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

### Verschiedenes

Ratsmitglied Schwarzmüller fragte nach einer Beschilderung des neuen Verwaltungsgebäudes in der Klaus-von-Klitzing-Straße und nach einer noch fehlenden Bestuhlung im Wartebereich.

Der Vorsitzende nahm die Anregungen auf, man werde dies klären lassen.

Ratsmitglied Kleemann war besorgt über immer mehr neue Gewerbeleerstände in der Innenstadt. Ihre Frage gehe dahin, ob es einen Plan der Wirtschaftsförderung dagegen gebe. Man sollte hier auch den Eigentümern ihre Verantwortung klar machen.

Der Vorsitzende betonte, dass man aktuell ein Innenstadthilfsprogramm erarbeite. Diese werde man im Oktober dem Stadtrat vorlegen.



Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 01.09.2020 umfasst 33 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 357.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Alexander Grassmann  
Beigeordneter